

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Druckerei
und die Anzeiger die Postanstalten
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis: Anschlag Nr. 23.

Bestellungen für den Anzeiger
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis: Anschlag Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 75

Donnerstag, den 31. März 1932

27. Jahrgang

Donau-Vortragskonferenz in London

Merkwürdige Haltung Frankreichs

Die Londoner Besprechungen über die Donaufrage

London, 29. März. Wie Reuter über die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaufrage interessierten Großmächte berichtet, steht bisher nur fest, daß sie nach der Unterredung zwischen Tardieu und MacDonald stattfinden soll. Man erwartet, daß die vier Minister in London zusammenkommen sollen, doch sei der Ort noch nicht endgültig bestimmt. Tardieu, der am 11. April zum Wiederbeginn der Abrüstungskonferenz in Genf sein Wille, werde vorher nach London kommen, wahrscheinlich in Begleitung des Finanzministers Blondin. Die Besprechung mit MacDonald würde voraussichtlich am Sonnabend und Sonntag stattfinden.

Zunächst englisch-französische Ministerzusammenkunft?

London, 29. März. Reuter meldet aus Paris: Lord Tyrrell ist heute vormittag von Tardieu empfangen worden. Danach wurde amtlich bestätigt, daß der französische Ministerpräsident das nächste Wochenende in London mit MacDonald verbringen und daß die Donaukonferenz der vier Mächte später abgehalten werde. Der französische Finanzminister werde wahrscheinlich Tardieu nach London begleiten. In diesem Falle wird wahrscheinlich eine französisch-englische Besprechung der Ministerpräsidenten, Außenminister und Finanzminister stattfinden. Der Zeitpunkt und Zusammenkunftsort der Vier-Mächte-Konferenz sind weiterhin der Gegenstand eines diplomatischen Meinungsaustausches.

Vorverlegung der Londoner Donaubesprechungen

Berlin, 29. März. Nach dem bisherigen Stand der Meinungsabstimmung zwischen Berlin, London und Paris hören wir, daß mit der Vorverlegung des Termins, der ursprünglich auf Ende nächster Woche angesetzt war, auf Mitte nächster Woche zu rechnen ist. Da der Reichskanzler für die kommende Woche keine Dispositionen bereits

getroffen hat — der Kanzler beabsichtigt bekanntlich in der nächsten Woche nach Königsberg, Stettin und Hamburg zu reisen — dürfte für Deutschland Staatssekretär v. Bülow nach London fahren. Uebrigens wird ja auch der französische Ministerpräsident Tardieu, wie aus einer offiziellen französischen Erklärung hervorgeht, nicht persönlich an diesen Vorbesprechungen teilnehmen, die naturgemäß ein abschließendes Ergebnis nicht haben können.

Paris, 29. März. Nach einer Meldung des „New York Herald“ nimmt man in Washington an, daß man auch an amerikanische Bankiers mit der Aufforderung herantritt, an der Finanzierung des Donauplanes teilzunehmen. Man glaubt, daß die Vertreter der amerikanischen Finanz zusammen mit französischen und englischen Bankiers zu einer Konferenz eingeladen würden, wenn auf Grund der Vier-Mächte-Konferenz ein genügender Plan für die Donauaktion ausgearbeitet ist. Eine offizielle Entscheidung über die Fahrt Tardieus nach London ist auch heute vormittag noch nicht gefallen. Die Pariser Mittagsblätter bringen in großer Aufmerksamkeit, daß Brüning und Brandt zur selben Zeit wie Tardieu, also unter Umständen schon Ende dieser Woche, nach London gehen würden.

Der „Paris Midy“ glaubt feststellen zu können, daß der einheitlich optimistische Ton in der heutigen Berliner Morgenpresse von der Wilhelmstraße inspiriert sei. Es gebe aber auch schon gewisse Kreise, die sich bekommen fragen, ob bei der Haltung der deutschen, englischen und italienischen Diplomatie Frankreich es nicht vorziehen werde, sich vollkommen zurückziehen von einer Angelegenheit, bei der es alles in allem angefangen mit seinem Gelde nur verlieren und nichts gewinnen kann.

Wie wir erfahren, hat die deutsche Regierung im Prinzip ihre vorläufige Zustimmung zu der Einladung der englischen Regierung gegeben, an einer Vier-Mächte-Konferenz über die Donau-Probleme teilzunehmen.

bereits in Geltung befindlichen Kampfpollens von 170 RM der autonome Zoll von 100 RM. Der „Börsenkurier“ schreibt dazu: In den am Polen-Beschäft interessierten maßgebenden deutschen Wirtschaftskreisen wird das Ergebnis der Verhandlungen als durchaus befriedigend bezeichnet, da es unter Berücksichtigung der allgemeinen Verringerung der Kaufkraft in Polen der tatsächlichen Kaufkraft des polnischen Marktes entspricht und somit die gegenwärtig überhaupt vorhandenen Liefermöglichkeiten praktisch im allgemeinen offen hält.

Bericht der Völkerverbundskommission in China

an den Völkerverbund

Genf, 29. März. Die Untersuchungskommission des Völkerverbundes richtete von Shanghai aus an den Generalsekretär des Völkerverbundes folgende Mitteilung: Die Untersuchungskommission traf am 29. Februar in Japan ein, hielt sich meistens in Tokio auf und verließ Japan wieder am 11. März. Trotz der Kürze ihres Aufenthaltes trat die Kommission in Japan mit dem Außenminister, dem Kriegsminister, dem Marineminister, mit den hauptsächlichsten Vertretern der Geschäftswelt und den Völkerverbundsfreunden in Beziehung, wobei sie sich über die verschiedenen Ansichten zu den Hauptpunkten ihres Untersuchungsprogrammes Rechenschaft geben konnte. Mehrere Besprechungen hatte die Kommission in Osaka mit führenden Geschäftsmännern. Am 14. März traf die Kommission in Shanghai ein und reiste am 28. März nach Nanking weiter. Während des Aufenthaltes in Shanghai orientierte sie sich über die Ansichten zahlreicher Chinesen und Ausländer, der politischen Kreise, der Universitäten und der kirchlichen Kreise sowie der Geschäftswelt über den ganzen Fragenkomplex. Die Kommission trat auch offiziell in Verbindung mit den Vertretern der Nationalregierung der Republik China und hatte eine Besprechung mit dem Vizepräsidenten der Exekutive und dem Vertreter des Außenministeriums. Die Kommission beabsichtigt, vier Tage in Nanking zu bleiben, Anfang Ende der ersten Aprilwoche zu erreichen und zu Beginn der dritten Aprilwoche in der Mandchurie einzutreffen.

Die Besprechungen über die Einstellung der Feindseligkeiten im Fernen Osten

Shanghai, 29. März. Wie zu der amtlichen japanischen Mitteilung über eine Einstellung der Feindseligkeiten noch bekannt wird, ist eine Einigung über die wichtige Frage der Zurücknahme der japanischen Truppen noch nicht geklärt. Die Besprechungen sollen am 31. ds. Mts. fortgesetzt werden.

Fransösische Stimmen gegen Litauen

Paris, 29. März. In der Wemelfrage erhebt Deutschland unerwartete Unterstützung von einem der reaktionärsten Blätter, dem „Avenir“. Das Blatt geht von dem Antirevolutionismus aus und stellt folgendes fest: „Die bestehenden Verträge bieten den Mächten die Möglichkeit, aus dieser Sackgasse herauszukommen. Die Methode der Zwangsliquidation darf nicht den deutschen Reaktionen Argumente in die Hand geben. Ob Mehrheit oder Minderheit, die Wemeler Deutschen dürfen nicht von einer Wacht ungerührt behandelt werden, die das Territorium nur durch Ueberumpelung und gegen sehr genaue Verpflichtungen gewonnen hat.“

Das „Welt Journal“ schreibt heute auf Grund einer genauen Enquete im Wemelgebiet, selbst gemäßigte Deutsche seien der Ansicht, daß Deutschland als Mitglied des Völkerverbundes ein gerechtes Statut für das Wemelgebiet auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den vier ersten Signatormächten beanspruchen dürfe.

Aushebung illegaler kommunistischer Druckerien

Hamburg, 29. März. Ermittlungen der Hamburgischen Staatspolizei im Zusammenhang mit der politischen Polizei in Altona führten zur Aufhebung von zwei in Hamburg befindlichen Druckerien und zur Festnahme mehrerer Personen. In einer der Druckerien wurden illegale kommunistische Druckschriften, darunter eine Polizei-Beamtenzeitung und die Zeitschrift „Das Sturmbanner“, gefunden und beschlagnahmt. Einer der beiden Inhaber dieses Betriebes wurde verhaftet. Sein Kompagnon ist flüchtig. Auch in der zweiten Druckerie konnten Exemplare des „Sturmbanner“ beschlagnahmt werden. Gleichzeitig mit den Schriften wurden die Maschinen eingezogen. Die Inhaber der zweiten Druckerie und zwei weitere Personen, die mit der Herstellung illegaler Schriften beauftragt waren, sind in Haft genommen worden.

Deutscher unter Spionagerverdacht verhaftet

Amel, 29. März. Wie das „Wemeler Dampfboot“ meldet, hat die politische Polizei einen gewissen Richard

Groener und die NSDAP.

Eine Erklärung der NSDAP. — Erwiderung des Reichsinnenministeriums

Berlin, 29. März. In einigen Zeitungen wird behauptet, Reichsminister Groener habe den nationalsozialistischen Befehl über die Zusammenlegung der SA-Mannschaften am Wahltage vorher gefasst.

Vom Reichsinnenministerium wird demgegenüber festgestellt, daß diese Behauptung nicht zutrifft. Der Minister hatte lediglich Kenntnis von der Tatsache, daß die SA-Leute in besonderen Umständen zusammengezogen werden sollten. Der Befehl selbst oder der Entwurf eines Befehls hat dem Minister nicht vorgelegen. Im übrigen hat der Minister von vornherein die schwersten Bedenken gegen derartige Pläne gehabt. Den Wortlaut des Befehls hat er erst bei dem Besuch der nationalsozialistischen Führer Goering und Frant II am Freitag, dem 18. März, eingesehen. Bei diesem Besuch hat Minister Groener erklärt, daß er sofort gegen derartige Pläne Einspruch erhoben haben würde.

München, 29. März. Zu der heutigen Erklärung des Reichsinnenminister Groener teilt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP mit: Die Abgeordneten Goering und Dr. Frant II haben im Verlauf ihrer Unterredung mit dem Reichsinnenminister Groener dem General aus den Akten des Rechtsanwalts Dr. Frant II die Originalfassung des Befehls des Stabschefs, der SA, vom 2. März 1932, Vordereitungen für den Reichspräsidentenwahlkampf betreffend, unterbreitet. Es ist unrichtig, daß General Groener im Verlauf dieser Unterredung irgendwie erklärt hätte, daß, wenn es den Wortlaut des Befehls vorher gefasst hätte, er sofort Einspruch erhoben hätte. Es wird demgegenüber ausdrücklich festgestellt, daß bei diesem Empfang Reichsinnenminister Groener keinem Entschluß über die Vollziehung des Befehls Ausdruck verliehen hat. Ausdrücklich hat Reichsinnenminister Groener erklärt, daß er persönlich an der Legalität dieses in keiner Weise zweifel-

Zu dieser Meldung teilt das Reichsministerium des Innern folgendes mit: Vorstehende Erklärung bekräftigt nur die Mitteilung des Ministers Groener, daß ihm vor dem Wahltag von dem Wortlaut des Befehls über die Zusammenlegung der Sturmabteilungen überhaupt keine Kenntnis gegeben worden ist. Als der Reichsinnenminister nach dem Wahl, nämlich am 18. März, nachmittags die Herren Goering und Rechtsanwalts Frant II empfing und von ihnen zum ersten Mal den Wortlaut des betreffenden Befehls erfuhr, hat er, wie gegenüber der obigen Erklärung nochmals ausdrücklich betont wird, die Herren über seine ablehnende Auffassung zu diesem Befehl nicht im Zweifel gelassen. Im

übrigen wird auf die amtliche Erklärung vom 18. März abends verwiesen, in der der Minister unter Berücksichtigung der unzutreffenden Darstellung, die von nationalsozialistischen Seiten über diese Unterredung verbreitet worden war, festgestellt hat, daß er über die preussische Vollziehung keinerlei Urteil gegeben habe.

Reichsbank am 23. März

Berlin, 29. März. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. März 1932 hat sich in der dritten Märzwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Scheds, Lombards und Effekten um 51,1 Millionen auf 8715,9 Millionen RM erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Scheds um 65,8 Millionen auf 3198,8 Millionen RM, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 17,8 Millionen auf 20,8 Millionen RM und die Lombardbestände um 69,5 Millionen auf 134,9 Millionen RM abgenommen. Die Bestände an Effekten erhöhten sich um 200,0 Millionen auf 801,8 Millionen RM durch Uebernahme von Aktien der Deutschen Goldkreditbank in gleicher Höhe.

An Reichsbanknoten und Rentendankscheinen zusammen sind 110,8 Millionen RM in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 107,8 Millionen auf 4006,9 Millionen RM, derjenige an Rentendankscheinen um 8,5 Millionen auf 404,5 Millionen RM verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentendankscheinen auf 22,7 Millionen RM erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 491,5 Millionen RM eine Zunahme um 147,0 Millionen RM.

Die Bestände an Gold und bedungensfähigen Devisen haben sich um 0,7 Millionen auf 1019,3 Millionen RM erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Gold um 0,3 Millionen auf 677,1 Millionen RM und die Bestände an bedungensfähigen Devisen um 0,5 Millionen auf 142,2 Millionen RM zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedungensfähige Devisen beträgt 26,4 Prozent gegen 24,8 Prozent in der Vorwoche.

Der Handel Deutschland-Polen

Berlin, 30. März. Nach dem positiven Abschluß der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ist jetzt durch eine Verordnung der Reichsregierung die Anwendung der Overtariffrage bei der Einfuhr von Butter und Eiern aus Polen mit Wirkung vom 1. April 1932 wieder rückgängig gemacht. Für die Einfuhr von Eiern aus Polen bleibt es bei dem autonomen Zollfuß von 80 RM. Bei Butter tritt an die Stelle des